

## „Wir sind kein ländlicher Raum“

SIHK-Präsident Ralf Stoffels: 5G-Netzausbau notwendig / „In Berlin fehlt die Denke“

**MÄRKISCHER KREIS** ■ „Wir sind hier kein ländlicher Raum mit Misthaufen vor der Tür, sondern die Industrieregion Nr. 1 in Nordrhein-Westfalen. Das soll die Politik mal endlich zur Kenntnis nehmen und begreifen.“ Ralf Stoffels, Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen, sprach gestern bei der Vorstellung der Konjunkturberichts Klartext in Richtung Berlin. Hintergrund der präsidentialen Verärgerung: Helge Braun, Bundesminister für besondere Aufgaben und

Chef des Bundeskanzleramtes, hält einen flächendeckenden Ausbau des 5G-Mobilfunkstandards für nicht bedarfsgerecht und aus Kostengründen für nicht realistisch. Kammer und Unternehmen fürchten, von der neuen Netzentwicklung abgekoppelt zu werden.

5G soll den Weg ebnen für eine ganze Reihe von Zu-

kunftstechnologien wie etwa autonomes Fahren, virtuelle Realität, Telemedizin und Industrie 4.0. Dafür wird ein Netz benötigt, das riesige Datenmengen in Echtzeit transportiert und die perfekte Vernetzung von Milliarden von Geräten ermöglicht.

In einem Schreiben an Braun, Wirtschaftsminister Peter Altmeier sowie an Andreas Scheuer, Minister für Verkehr und digitale Infrastruktur, und Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitalisierung, fordern die drei IHKs Hagen, Arnsberg und Siegen

die Interessen der Bevölkerung, der Wirtschaft und der Hochschulen bei Zukunftstechnologien zu berücksichtigen. Unterstützt werden die Kammern von Unternehmen, Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft. Wirtschaft und Hochschulen seien häufig außerhalb von Ballungszentren angesiedelt. Der Erfolg des Landes hänge ganz wesentlich von den Perspektiven der Menschen in dieser Region ab. Stoffels: „Autonomes Fahren funktioniert nicht mit Glasfaser. In Berlin fehlt offensichtlich die Denke.“ ■ be

10.10.2018

Lüdenscheider Nachrichten

## Erstes Pflegeforum im Märkischen Kreis

Ziel: Austausch der Anbieter und Berichte über aktuelle Pflegeplanung in den Kommunen

**MÄRKISCHER KREIS** ■ Etwa 50 leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Pflegebranche trafen sich jetzt im Lutherhaus in Altena zum ersten Pflegeforum im Märkischen Kreis. Eingeladen hatte der Fachdienst Pflege der Kreisverwaltung. Er ist unter anderem für die Pflegeplanung zuständig und kümmert sich um ein auskömmliches Pflegeangebot im gesamten Kreisgebiet.

„Wir wollten zum einen den Austausch der Pflegeanbieter untereinander anregen und zum zweiten über die aktuellen Entwicklungen in der kommunalen Pflegeplanung berichten“, sagte Torsten Sauer, Sachgebietsleiter der Gesundheits- und Pflegeplanung des Kreises. In zwei Workshops hatten die Gäste Gelegenheit, über das Handlungskonzept des Kreises zu diskutieren und die Ergebnis-

se des aktuellen Pflegeberichts zu besprechen. In einer dritten Arbeitsgruppe ging es um Lösungen für den auch im Märkischen Kreis drohenden Fachkräftemangel.

„Viele Besucher haben uns zurückgemeldet, dass sie mit dem Veranstaltungsformat sehr zufrieden waren und sich einen regelmäßigen Austausch wünschen. Das ist für uns Anlass, den Dialog mit den Pflegeanbietern in dieser

Weise weiter fortzuführen“, freute sich Ralf Kling als zuständiger Fachdienstleiter. Das Pflegeforum soll neben themenbezogenen Arbeitstreffen künftig mindestens einmal jährlich stattfinden. Interessierte Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste können sich beim Fachdienst Pflege unter der E-Mail-Adresse [pflgeplanung@maerkischer-kreis.de](mailto:pflgeplanung@maerkischer-kreis.de) melden.

10.10.2018

Allgemeiner Anzeiger

# Unternehmer werden pessimistisch

## Herbst-Konjunkturumfrage der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer: Trotz boomender Lage sinkende Erwartungen für 2019

Von Jens Helmecke

**Hagen.** Kein halbes Jahr mehr und es knallt. Dann kommt der Abschied Großbritanniens aus der Europäischen Union. „Selbst wenn es die Engländer wollten, für einen geregelten Brexit ist es schon zu spät“, ist der Schwelmer Unternehmer Ralf Stoffels sicher. Stoffels selbst, Präsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer (SIHK), hat für sein Unternehmen BIW Isolierstoffe bereits die Konsequenzen gezogen und seine Zelte auf der Insel abgebaut. Die Maschinen stehen jetzt im Werk in Ennepetal. Und der Brexit betrifft laut SIHK zahlreiche Unternehmen aus Südwestfalen.

### Es fehlen die Fachkräfte

Es ist die Weltwirtschaft, die heimische Unternehmer ins Grübeln geraten lässt. Dies spiegelt sich in der Herbst-Konjunkturumfrage wider, die die SIHK gestern in Hagen vorstellte. Demnach ist die aktuelle Lage in der Industrie und dem Handel (hier vor allem im Großhandel) bestens, mit Abstrichen im Dienstleistungssektor. „Die Auftragsbücher sind gefüllt“, sagt Stoffels. So gut, dass viele Firmen gerne Leute einstellen würden, wenn sie geeignete Kandidaten fänden.

Insofern gaben rund ein Viertel der rund 200 befragten Unternehmen aus dem Märkischen Südwestfalen sowie in Hagen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis an, weiter Beschäftigung aufbauen zu wollen. Die wirtschaftlichen Erwartungen an die nahe Zukunft fallen dagegen

deutlich ab. Zu Jahresbeginn war hier noch deutlich mehr Optimismus zu spüren. Neben erwartetem Fachkräftemangel und Sorge um höhere Arbeitskosten spielt hier die Verunsicherung eine Rolle, zu der der nahende Brexit und nicht zuletzt die Handelspolitik der US-Regierung mit Kettenreaktion bei Handelszöllen beitragen. „Die US-Wirtschaftspolitik ist eine Gefahr für den Welthandel und wirkt lähmend“, wettet der SIHK-Präsident ungehemmt. Die jüngste Prognose des Internationalen Weltwährungsfonds bestätigt ihn.

### Südwestfalen funkt nach Berlin

Dabei gibt es im eigenen Land mehr als genug Probleme. Vergangene Woche erst haben sich die drei Kammern aus Südwestfalen – Hagen, Arnsberg und Siegen – gemeinsam mit Gewerkschaft, Wissenschaft und Politik in einem Schreiben an die Bundesregierung

**„Die US-Politik ist eine Gefahr für den Welthandel.“**

Ralf Stoffels, SIHK-Präsident

gewendet. In vierfacher Ausführung ging der Brief an die Minister für Verkehr und Wirtschaft, den Kanzleramtsminister und die Staatsministerin für Digitalisierung. Das Thema: 5G oder wie Südwestfalen einmal mehr in die Röhre schauen soll. „Man kann zehn Mal erklären, dass es alles schwierig ist. Am Ende ist es wie mit der ICE-Anbindung“, sagt SIHK-Hauptgeschäftsführer Ralf Gerschkat – und meint, dass sich die Region vehement wehren müsse. Präsident Stoffels hat gar langsam sogar die Nase voll vom Begriff „ländlicher Raum“. „Da stellt man sich qualmende Misthaufen vor, dabei sind wir Nordrhein-Westfalens Industrieregion Nummer eins“, erinnert Stoffels, der dies auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet bei der SIHK-Jahresveranstaltung Ende November unter die Nase reiben will, Mal sehen, ob es dann schon knallt.

### 18,5 Prozent rechnen mit schlechteren Geschäften

■ Knapp 200 Unternehmen nahmen an der SIHK-Umfrage teil: 53,2 Prozent bewerten die aktuelle Lage als gut, 38,6 als befriedigend und 8,3 schon als

schlecht. Nur noch 16 Prozent erwarten künftig bessere Geschäfte. Zu Jahresbeginn waren es noch 24 Prozent. Sogar 18,5 Prozent (12) erwarten schlechtere. jh

10.10.2018

**WP WESTFALENPOST**  
Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

# 30 000 Fachkräfte fehlen

Herbstumfrage der SIHK veröffentlicht / Unternehmer pessimistischer

Von Bernd Eiber

**MÄRKISCHER KREIS** • Die Optimisten unter den südwestfälischen Unternehmern werden weniger, obwohl die Auftragsbücher randvoll sind. Erstmals wächst nach vielen Jahren der Blüte die Zahl der Bedenkenräger. „Denn die Unsicherheiten nehmen zu“, fasste Ralf Stoffels, Präsident der SIHK, die Herbstumfrage zur Konjunktur im Kammerbezirk zusammen.

Rund 200 Unternehmen mit mehr als 29 000 Beschäftigten aus dem Märkischen und dem Ennepe-Ruhr-Kreis sowie der Stadt Hagen gaben eine gedämpfte Prognose ab. Stoffels: „Auf den ersten Blick ist die Lage hervorragend. Hohe Beschäftigung und steigende Kaufkraft befeuern die ohnehin sehr gute wirtschaftliche Lage. Aber erstmals seit

zehn Jahren öffnet sich die Schere zwischen der aktuellen Geschäftslage und den zukünftigen Erwartungen. Der sich zuspitzende Fachkräftemangel, steigende Energie- und Rohstoffpreise und eingetrübte Aussichten im Exportgeschäft drücken das Geschäftsklima.“

In Zahlen ausgedrückt heißt das: 18,5 Prozent der befragten Unternehmen erwarten schlechtere Ergebnisse, vor einem Jahr waren es nur elf Prozent. Zuversichtlich sind hingegen nur noch 16 Prozent, vor Jahresfrist waren es noch mehr als 23 Prozent. Vor allem die Leitbranche Industrie schraube die Erwartungen zurück. Die Ungewissheit über den Brexit und der Protektionismus in den USA machten den weltweit täti-

gen Mittelständlern schwer zu schaffen.

Vor der eigenen Tür bleibt ein Problem der Dauerbrenner: der Fachkräftemangel. 30 000 Mitarbeiter fehlten den Betrieben, unterstreicht der SIHK-Präsident. „53 Prozent der Unternehmen gehen inzwischen davon aus, dass sie ihre offenen Stellen auch längerfristig nicht besetzen können.“ Viele sähen sogar ihre wirtschaftliche Zukunft bedroht. „Die Betriebe könnten deutlich höhere Umsätze erzielen, wenn es ausreichend Mitarbeiter gebe.“ Sogar für Bewerber ohne Berufsausbildung böten sich Chancen auf dem Markt.

Beim Blick über die südwestfälischen Grenzen hinaus Sorge sich der Mittelstand um bezahlbare und ver-

fügbare Rohstoffe, um die undurchsichtige US-Wirtschaftspolitik und um das Brexit-Szenario. „Ein ungeordneter EU-Austritt Großbritanniens hätte unglaubliche Folgen“, warnte SIHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Ralf Gerschkat. Deshalb habe die Kammer eine Brexit-Checkliste als Leitfaden für die heimischen Betriebe zusammengestellt. „Es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die zu beachten sind.“ Denn die Kammer-Spitze ist inzwischen skeptisch, dass es noch zu einer klaren Vertragsregelung kommt. Stoffels selbst hat als Mittelständler bereits Konsequenzen gezogen: „Wir haben Maschinen von der Insel nach Ennepetal verlegt.“

10.10.2018

## Lüdenscheider Nachrichten

stalten und den Stärkungspakt Stadtfinanzen weiterzuentwickeln.

Es bleibt mir nicht erspart, auch 2019 den Blick auf die vielen staatlichen Aufgabengebiete zu richten, die hier in der Kommune wahrgenommen werden und die immer noch völlig unzureichend durch Bund und Land finanziert sind. Wenn nur einige dieser Aufgaben ausreichend oder zumindest besser finanziert würden, wären auch die Haushalte strukturschwacher Kommunen – und die trifft es nun mal besonders deutlich – hinreichend bemessen und ließen mehr finanzielle Handlungsspielräume für die guten und sinnvollen Ideen und Initiativen hier vor Ort zu.

### Unverständnis über zusätzliche Stellen

Die Kreisumlage erhöht sich von 2018 auf 2019 für alle Kommunen im Märkischen Kreis um rund 4,7 Mio Euro. Nach wie vor bewegt sich der allgemeine Kreisumlage im obersten Bereich der Umlagesätze in NRW. Das Volumen ist von 269,8 Mio. € in 2016 bis auf 277,8 Mio. € in 2019 um acht Millionen Euro gestiegen. Diese Steigerung gibt gerade in Zeiten einer sehr guten Konjunktur mit

einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeit, guten Steuereinnahmen und einem weiterhin sehr niedrigen Zinsniveau Anlass zur Sorge. Wir erwarten nach wie vor, dass der Märkische Kreis sich intensiv um Einsparpotenziale bemüht und diese auch nachhaltig zu erkennen sind. Die Kommunen im Märkischen Kreis werden nach wie vor, trotz geplantem sinkendem Hebesatz, sehr stark belastet. Die Planung von 42,33 (!) zusätzlichen Stellen, die nur zu einem geringen Teil gegenfinanziert sind, führt bei mir – und auch bei meinen Kolleginnen und Kollegen – zu Unverständnis. Denn diese sind unter anderem zur Personalentwicklung und als Personalausfallreserve geplant – davon kann Nachrodt-Wiblingwerde nur träumen.

Wichtig ist und bleibt es für die Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde, dass dieser Ort ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort ist und bleibt. Dafür müssen die Steuersätze und Abgaben stabil bleiben. Denn höhere Steuern bei weniger Leistungen forcieren eher Abwanderungen von Einwohnern und Unternehmen und vermindern die Attraktivität der Kommune, sodass langfristig keine Verbesserung der Haushaltslage erwartet werden kann.“ ■ sanna

## Höhere Steuern, keine Attraktivität

Kämmerin: Haushalt 2019 eingebracht

**NACHRODT-WIBLINGWERDE** • Sie vermisst eine gerechte Verteilung der Mittel, die auch den Bedürfnissen im ländlichen Raum Rechnung trägt. Und sie kann bei einigen Handlungen des Märkischen Kreises nur den Kopf schütteln. Gabriele Balzukat, Kämmerin der Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde, legte während der Sitzung des Rates bei der Einbringung des Haushaltes 2019 nicht nur den Finger in die Wunde. Ihre beeindruckende Rede wurde zum Rundumschlag. Hier einige Auszüge:

„Dank einer sehr robusten Konjunktur und einem anhaltend stabilen Arbeitsmarkt dürfen wir grundsätzlich mit weiter steigenden Steuererträgen rechnen. Diese werden maßgeblich durch die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer bestimmt. Die Prognosen des Arbeitskreises „Steuerschätzen“ aus Mai 2018 gehen von weiteren Zuwächsen der kommunalen Steuereinnahmen in den kommenden Jahren aus. Die

Zuwächse liegen im Zeitraum von 2018 bis 2022 teilweise bei mehr als sieben Prozent.

### Hohe Steuereinnahmen, steigende Ausgaben

Fest steht, dass die Haushaltssanierung ohne diese positiven Steuereinnahmen nicht möglich gewesen wäre. Wir haben die heutigen Möglichkeiten nicht nur wegen der Sparmaßnahmen, sondern wegen der guten Konjunktur erreicht. Ohne gute Konjunktur hätten wir heute andere Steuersätze und wir würden nicht über die Geldverwendung, sondern über die Geldbeschaffung reden.

Den hohen Steuereinnahmen in den kommunalen Haushalten stehen weiter steigende Ausgaben, insbesondere im Sozialbereich, gegenüber. Auch gestiegene Personalaufwendungen verstärken den Konsolidierungsdruck. Die zentralen kommunalen Forderungen lauten daher nach wie vor, den kommunalen Finanzausgleich besser zu dotieren und ihn vor allem gerechter auszuge-

10.10.2018

Altenaer Kreisblatt

# Baustopp hat Jubiläum

Vor einem Jahr legte das Verwaltungsgericht Windräder auf dem Kohlberg auf Eis

Von Thomas Bender

**ALTENA - Über allen Wipfeln ist Ruh' auf dem Kohlberg zwischen Altena und Neuenrade – noch. Einige gerodete Flächen kündigen davon, dass hier im wahrsten Sinne des Wortes Großes geplant ist. Sechs rund 200 Meter hohe Windräder will das Unternehmen SL Windenergie auf Neuenrader Stadtgebiet errichten – ein Vorhaben, gegen das vor allem Dahlemer Bürger Sturm laufen.**

Es blieb nicht bei Demos und Protesten: Es gründete sich eine Bürgerinitiative, die die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen mit ins Boot holte. Die kann (im Gegensatz zu normalen Bürgern) den Umweltschutz tangierenden Entscheidungen der Behörden vor Gericht anfechten, was im Februar 2017 auch geschah. Beklagte sind der Märkische Kreis, der die Genehmigung erteilte und die SL Naturenergie als Investor.

## Entscheidung noch in diesem Jahr

Es folgte ein juristisches Hin und Her (siehe Chronik-Kasten), das im September darin gipfelte, dass das Verwaltungsgericht Arnsberg Mitte September 2017 einen Baustopp verfügte. Dagegen wurde beim Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster Beschwerde eingelegt.

Die Entscheidung darüber steht seit Oktober 2017 aus – eine Verfahrensdauer, die Dr. Gudrun Dahme als Pressesprecherin des OVG gestern als „schon ungewöhnlich“ bezeichnete. „Normalerweise sind wir schneller“, sagte sie, fand aber auch Erklärungsansätze. Im zuständigen Senat habe es einen personellen

Wechsel gegeben, das habe zu Verzögerungen geführt. Hinzu komme, dass der für Windkraft zuständige Senat eine Fülle von Fällen zu bearbeiten habe. „Er geht schon sehr vertieft in diese Verfahren“, sagte die Richterin. Da es für jeden dieser Fälle dicke Akten gebe, brauche das Zeit. Es sei aber noch im Laufe dieses Jahres mit einer Entscheidung zu rechnen.

Wie auch immer die ausfallen wird: Abgeschlossen ist die Sache damit nicht. Ein richtiges Urteil pro oder contra Windräder gibt es nämlich noch nicht. Für dieses sogenannte Hauptsacheverfahren ist zunächst das Verwaltungsgericht in Arnsberg zuständig. Wie weit die Angelegenheit dort gediehen ist, blieb gestern offen – sowohl der Vorsitzende der zuständigen Kammer als auch der für auf die Kohlberg-Windräder spezialisierte Richterstatter sind im Urlaub.

Inhaltlich hat sich das Ver-

waltungsgericht im September 2017 außergewöhnlich deutlich gegen die Windräder positioniert. Den von ihnen verhängten Baustopp begründeten sie damit, dass die Eigenart und die Schönheit des Landschaftsbildes der Kohlberg-Giebel-Hochfläche durch die Windräder „vollständig vernichtet“ würden. Außerdem sei schon die Ausweisung einer Vorrangfläche für Windenergie auf dem Kohlberg rechtswidrig gewesen, meinten die Richter. Für das Verfahren ließ sich das Gericht nämlich von allen Beteiligten die Akten aushändigen und stieß darin auf einen Vermerk über ein Gespräch im Neuenrader Rathaus, bei dem im Februar 2016 Investor und Behörden den Bau der Windräder fest vereinbarten, wie das Gericht meint. Damit sei das dann folgende Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes allein im Sinne des Investors betrieben worden, rügen die

## Die Windrad-Chronik

**April 2015:** Die Stadt Neuenrade plant, auf dem Kohlberg ein 84 Hektar großes Areal als Vorrangfläche für Windenergie auszuweisen und entsprechende Pläne für den Bereich Affeln aufzugeben.

**Juli 2016:** Der Neuenrader Rat beschließt die entsprechende Änderung des Flächennutzungsplanes trotz vieler Einwände vor allem aus dem Raum Altena, wo sich eine Bürgerinitiative gründet.

**September 2016:** Der Landschaftsbeirat des Märkischen Kreises stimmt den Plänen zu und auch die Bezirksregierung gibt grünes Licht für die Vorrangflächen. Die SL Naturenergie als Investor stellt einen Bauantrag.

**November 2016:** Weil dem Kreis Unterlagen nicht ausreichen, verlangt er eine neue Kartierung zum

Artenschutz. Daraufhin greift eine „Task Force“ des NRW-Umweltministeriums in das Verfahren ein. **Dezember 2017:** Einen Tag vor dem Jahreswechsel erteilt der Kreis die Genehmigung für die Anlagen. Zuvor hatte er entschieden, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht nötig sei.

**Februar 2017:** Die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt reicht Klage ein und beantragt einen Baustopp. Dem gibt das Verwaltungsgericht Arnsberg statt.

**März 2017:** Das OVG Münster gibt einer Beschwerde gegen den Baustopp in weiten Teilen statt.

**September 2017:** Das Verwaltungsgericht beschließt die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung. Dagegen wird bei OVG erneut Beschwerde eingelegt.

„  
Für uns zieht sich dieses Verfahren unverhältnismäßig lange hin  
“  
Joachim Schulenburg,  
Projektentwickler bei  
SL Naturenergie

Richter. Für Altenas Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein ist das ein wichtiger Punkt: Sollte sich diese Rechtsauffassung bestätigen, dann müsste das Planverfahren unter Umständen neu aufgerollt werden, meint er. Und dann gälten die von der Landesregierung angekündigten, strengeren Bestimmungen für Windräder.

Unzufrieden mit der Hängepartie ist natürlich in erster Linie die Firma SL Naturenergie als Investor der sechs geplanten Windräder. „Für uns

## Investor sucht den roten Faden

zieht sich dieses Verfahren unverhältnismäßig lange hin“, sagte Projektentwickler Joachim Schulenburg gestern und sprach von einer „für alle Beteiligten unbefriedigenden Situation“. Sein Unternehmen warte dringend darauf, dass das OVG mit seiner Entscheidung aufzeige, wie der rote Faden in dieser Sache aussehe. Auch die Gegner der Anlagen wüssten wahrscheinlich gerne, wo die Reise hingehe, meint Schulenburg – ein Argument, dass Dr. Frank Hoffmann als Vorsitzender der Kohlberg-Initiative so nicht gelten lassen will: „Solange sich nichts tut, solange passiert auch auf dem Kohlberg nichts“, sagt er.

10.10.2018

Altenaer Kreisblatt

# Afrikanische Schweinepest: Jetzt müssen die Jäger ran

## Reduzierung der Wildschweine soll Schlimmeres verhindern

Von Johannes Becker

**KIERSPE** ■ Osteuropa klingt für Menschen in Nordrhein-Westfalen genauso weit weg wie Sardinien. Verglichen damit ist Belgien schon ganz nah. Und genau dort ist die Afrikanische Schweinepest (ASP) mittlerweile angekommen. Und damit ist es wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis die Krankheit auch zwischen Rhein und Weser auftritt. Letztlich liegt es nun an den Jägern, durch einen stärkeren Abschuss von Wildschweinen die Auswirkungen zu mindern.

„Wenn eine Krankheit, die vor allem in Osteuropa auftritt, plötzlich auch in Belgien für erkrankte Schweine sorgt, dann ist das ein klares Indiz dafür, dass der Mensch für die Ausbreitung gesorgt hat“, fasst Matthias Heveling die Entwicklung der vergangenen Wochen zusammen und schaut mit Sorge darauf, dass es von Belgien bis Kierspe gerade einmal noch 300 Kilometer sind. „Deshalb ist die Frage nicht mehr, ob die Schweinepest hier auftritt, sondern nur noch, wann und wo“, formuliert es der Vorsitzende des Hegerings Kierspe-Rönsahl.

Er ist sich bewusst, dass die Politik, aber auch die Halter von Hausschweinen jetzt ihre ganze Hoffnung in die heimischen Jäger setzen, denn letztlich sind sie die Einzigen, die nun die Wildschweinbestände reduzieren und damit die Ausbreitung verlangsamen – vielleicht gar eine Übertragung auf Hausschweine verhindern können.

Da haben die Jäger in Kierspe, im Märkischen Kreis und im ganzen Land auch im vergangenen Jahr bereits eine gute Vorarbeit geleistet. Wurden in NRW zwischen April 2016 und März 2017 rund 39 000 Schweine geschossen, waren es in dem Zeitraum ein Jahr später bereits etwa 66 000. Für den Märkischen Kreis sieht der Anstieg so aus, dass in dem erstgenannten Zeitraum 2864 Wildschweine geschossen wurden, ein Jahr später 4348. In Kierspe wurde zwischen April 2016 und März 2017 genau 119 Wildschweine erlegt, in dem darauf folgenden Jahreszeitraum waren es schon 238. Allerdings sagt auch Heveling, dass diese Zahlen nicht viel über die tatsächliche Population aussagen.

„Im Moment zeigt sich sehr deutlich, dass es noch sehr viele Wildschweine gibt. Als es vor etwa zwei Wochen nach langer Trockenheit noch einmal regnete, waren sofort alle Waldränder und waldnahen Wiesen durchwühlt“, so Heveling.

Obwohl aufgrund einer Schonzeitänderung mittlerweile nahezu alle Schweine mit Ausnahme der Muttertiere ganzjährig geschossen werden dürfen, ist nach Ansicht des Hegeringvorsitzenden die Drückjagd die beste Methode, den Bestand zu reduzieren. Heveling: „Doch erst muss das Laub von den Bäumen sein, damit man die Tiere sieht, deshalb fangen wir mit diesen Jagden frühestens im Oktober an.“ Das Laub spielt auch deshalb eine so große Rolle, weil die Jäger

vermuten, dass sich aufgrund der starken „Mastjahre“ bei Buchen und Eichen die Schweine vor allem in den Laubwäldern aufhalten. „Doch letztlich können wir auch nur hoffen, dass die Schweine dort sind, wo wir jagen“, erklärt der Kiersper.

Ist die Jagd erfolgreich, wird sich für die Jäger einiges ändern, wenn die ASP ihr Revier erreicht. Bislang muss stets eine Probe von jedem Schwein von einem Tierarzt auf Trichinen untersucht werden. Doch wenn Auffälligkeiten an den Organen festgestellt werden, dann muss der Jäger das Schwein zur Bezirksuntersuchungsstelle nach Arnsberg bringen. Auch müssen spätestens ab dem Auftreten der ASP alle Bestandteile des Tieres, die nicht verwendet werden können, über Fachbetriebe entsorgt werden. Und das alles bei Preisen fürs Wild, die be-

reits jetzt „im Keller sind“.

Heveling: „Wir sind dann auch angehalten, bei der Verarbeitung der Tiere auf stärkere Hygiene zu achten.“ So müsse dann die Kleidung nach der Berührung mit Schweinen bei 60 Grad Celsius gewaschen werden, um so eine weitere Ausbreitung des Virus zu verhindern.

**ZITAT**

”

**Deshalb ist die Frage nicht mehr, ob die Schweinepest hier auftritt, sondern nur noch, wann und wo.**

“

**Matthias Heveling,  
Vorsitzender des Hegerings  
Kierspe-Rönsahl**

## Afrikanische Schweinepest (ASP)

Die Afrikanische Schweinepest (ASP) breitet sich in den Wildschweinbeständen vieler Regionen Osteuropas immer weiter aus (Ungarn, Polen, Baltikum, Moldawien, Rumänien und Tschechien, Weißrussland, Russische Föderation, Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbaidschan). Auch Belgien ist mittlerweile betroffen. Vielfach wurden auch Hausschweinbestände mit ASP infiziert. Auf der italienischen Insel Sardinien kommt die Afrikanische Schweinepest bereits seit Jahrzehnten vor. Die Infektion mit ASP führt sowohl bei Haus- als auch bei Wildschwei-

nen zu einer schweren Erkrankung, die fast immer tödlich verläuft. Verursacht wird die Erkrankung durch ein Virus. Die Afrikanische Schweinepest ist anzeigepflichtig und kann klinisch nicht von der klassischen Schweinepest (KSP) unterschieden werden. Da eine Ansteckung vornehmlich über Blut, blutige Flüssigkeiten und blutige Gewebe erfolgt, breitet sich die Infektion oftmals nur sehr langsam aus. Eine vorbeugende Impfung gegen die Erkrankung ist nicht möglich, da kein Impfstoff zur Verfügung steht. ■ Quelle: tierseuche-info

10.10.2018

Meinerzhagener Zeitung

# Auswahllesung für das Stipendium

Bewerberinnen stellen sich morgen vor

**LÜDENSCHIED** ■ Im Rahmen einer öffentlichen Lesung ausgewählter Autorinnen wird am morgigen Donnerstag ab 19.30 Uhr in der Stadtbücherei Lüdenscheid die Entscheidung zur Vergabe des Märkischen Stipendiums für Literatur 2019 gefällt. Die Jury der Märkischen Kulturkonferenz hat folgende Autorinnen eingeladen, aus ihren Werken zu lesen: Ilinca Florian mit „Als wir das Lügen lernten“, Marie Gamillscheg mit „Alles was glänzt“ und

Bettina Wilpert mit „Nichts, was uns passiert“.

In „Nichts, was uns passiert“ steht eine vermeintliche Vergewaltigung im Mittelpunkt. Nur drei Prozent aller Vergewaltigungsvorfälle, zitiert Wilpert eine Aktivistin, sind Falschaussagen und Rufmord. Marie Gamillscheg nimmt in ihrem Roman „Alles, was glänzt“ den Leser mit in eine allmählich verschwindende Welt. Vielstimmig und untergründig erzählt ihr Debüt von einer kleinen Schicksalsgemein-

schaft im Schatten eines großen Bergs. Marie Gamillscheg lebt in Berlin, arbeitet als freie Journalistin und gewann bereits ein Arbeitsstipendium des Berliner Senats sowie 2017 ein Aufenthaltsstipendium in Schöppingen.

Ilinca Florian lebt seit 2007 in Berlin. Sie hat am GRIPS-Theater gespielt, an der Deutschen Film- und Fernsehakademie Berlin studiert und arbeitet als Werbetexterin und Drehbuchautorin. Sie ist die Dritte im Bunde der potenziellen Stipendiaten der MKK. Bukarest, Ende der achtziger Jahre, steht im Mittelpunkt ihres Romans „Als wir das Lügen lernten“. Ihre Zeilen drehen sich darum, ob eine Familie die Heimat verlassen und in ein fremdes Land reisen soll, das ein freies Leben verspricht. Die Mutter droht

am nahenden Exil zu zerbrechen, und keiner ahnt, warum. Nur die eigene Tochter, sieht mehr, bemerkt die kurzen Berührungen und warmen Blicke. Das Kind wird zum stillen Zeugen einer Liebschaft zwischen ihrer Mutter und einem anderen Mann.

Das Märkische Stipendium für Literatur ist mit 12 000 Euro dotiert. Namhafte Autoren und Autorinnen erhielten dieses Stipendium, das seit 1978 vergeben wird, unter anderem Ulla Hahn (1985), Ralf Rothmann (1986) und Ulla Berkéwicz (1988).

Dem Publikum steht wie immer eine Stimme zu, der Eintritt in die Stadtbücherei ist frei. ■ rudi

10.10.2018

Lüdenscheider Nachrichten

## Union nennt WSG-Einschnitt notwendig

Der Rechtsauffassung der SPD angeschlossen

Von Thomas Hagemann

**Menden.** „Schwierig, aber notwendig“: So nennt die CDU-Fraktion die Ratsentscheidung, die Verträge von WSG-Geschäftsführer Stefan Sommer und Prokuristin Bianca Wirths nicht zu verlängern. Im Vorfeld des CDU-Antrags habe SPD-Vizefraktionschef Friedhelm Peters als ehemaliger Verwaltungsrichter die Abordnung der beiden Stadt-Beamten an die WSG kri-

tisiert. „Gesetzlich ist vorgesehen, dass Abordnungen an Gesellschaften nur vorübergehend erfolgen dürfen“, erklärt CDU-Fraktionschef Bernd Haldorn. Bei mehr als 20 Jahren sei aber nicht mehr von „vorübergehend“ zu sprechen.

Der Rechtsauffassung der SPD habe sich die CDU angeschlossen. Die FDP beantragte bekanntlich auch die Erweiterung des Beschlussvorschlags. So verpflichtete sich der Rat, bis Mitte 2019 ein Konzept zur Neuausrichtung der WSG vorzulegen. SPD, FDP, CDU und Linke folgten dem, zwei Ratsmitglieder stimmten dagegen, die Grünen enthielten sich.

Jetzt, so die CDU, sollten Beratungen, konzeptionelle Ideenfindung und die Entwicklung des Zukunftsmodells für Wirtschaftsförderung, Gewerbeflächenvermarktung und Stadtmarketing folgen. Die genannten vier Fraktionen stünden nun in der Verantwortung, die CDU habe bereits Eckpunkte erarbeitet. Sie la-

de aber die anderen Fraktionen, den IMW, die Werbegemeinschaften und die WSG-Mindergeleschafter ein, „an diesem Prozess mitzuwirken“.

### Keine leichte Entscheidung

Die Entscheidung, die Verträge nicht zu verlängern, habe sich die CDU „nicht leicht gemacht“. Politische Verantwortung heiße aber, zur eigenen Entscheidung zu stehen, sie auch bei Gegenwind zu vertreten und der selbst gesetzten Verpflichtung zum neuen Modell für die WSG nachzukommen: „Alles andere ist unseriös und verantwortungslos.“

Dieser Entscheidung seien parteipolitische oder persönliche Interessen, auch finanzielle Interessen der betroffenen Mitarbeiter, untergeordnet. Öffentliche Vorwürfe gegen Fraktionsmitglieder, unkorrekt und im persönlichen Interesse gehandelt zu haben, weisen die Ratsmitglieder der CDU „entschieden zurück“.

10.10.2018

**WFP WESTFALENPOST**  
Mendener Nachrichten · Balver Nachrichten

# CDU und WBG für schnellste Lösung

## Radweg: Brücke soll dennoch geprüft werden

Von Volker Heyn

**WERDOHL** ■ Zu zwei Tagesordnungspunkten diskutierte der Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung (Ustea) am Montag über den geplanten Radwegebau der Lenneroute. Dabei stellte sich heraus, dass vor allem CDU und WBG loslegen und die schon seit Jahren überfällige Planung verwirklicht sehen wollen. Die SPD fand keine Freunde mit ihrem Antrag, noch einmal über eine alternative Lösung im Bereich des Teilstücks zwischen Lennebrücke und Höllmecke nachzudenken. Auch die von dem Werdohler Peter Kölsche am Montag vorgestellte Idee des Tauschs von Naturschutzgebieten für eine naturnahe Radwegführung vom Kettling bis Dresel scheint einer baldigen Realisierung des Radweges nicht förderlich zu sein.

## Führungen in der Dechenhöhle

**ISERLOHN** ■ In den Herbstferien finden in der Dechenhöhle in Iserlohn einstündige Erlebnisführungen mit Museumsrallye statt. Die Führungen beginnen in den Ferien samstags (ab 13. Oktober), dienstags und donnerstags jeweils um 15 Uhr. Taschenlampe, alte Kleidung und Fahrradhelm müssen mitgebracht werden, da auch Nebengänge erkundet werden. Preis: 8 Euro pro Person. Eine Anmeldung ist erforderlich (Tel. 02 37 4-7 14 21).

10.10.2018

**Lüdenscheider Nachrichten**

## Prüfung bis zur nächsten Sitzung

Während die WBG mit ihren drei Stimmen bis zum Ende der langen Debatte fest bei ihrem Nein gegen den SPD-Antrag blieb, ließ sich die CDU immerhin auf eine Zustimmung zur Prüfung des Vorschlags bis zur nächsten Sitzung des Ustea ein. Die SPD hatte vorgeschlagen, ob nicht anstelle der geplanten Stützmauer an der B236 ausgangs der Lennebrücke eine Radfahrerbrücke über die Lenne in der Nähe des Eisenbahnviaduktes die bessere Lösung sei (wir berichteten). Für Radfahrer würde das mehr Sicherheit bringen, hatte Ausschussvorsitzender und SPD-Ratscherr Jürgen Henke argumentiert.

Fachbereichsleiter Thomas Schröder zeigte sich neuen Ideen grundsätzlich nicht abgeneigt, warnte die SPD aber davor glauben zu machen, dass keine zeitlichen Verzögerungen entstehen würden. Für diesen Bereich habe die Verwaltung bereits eine mit Straßen.NRW abgestimmte Entwurfsplanung, die bald per Auftrag vergeben werden solle. Schröder: „Wenn wir über eine Fahrradbrücke nachdenken, fangen wir wieder bei Null an.“ Auch die Landschaftsbehörde und die

untere Wasserbehörde müssten eingeschaltet werden. Schroeder schüttelte den Kopf: „Dann geht das alles von vorne los.“

Straßen.NRW würde sich garantiert schwer tun, einen Brückenbau zu realisieren. Außerdem sah Schroeder kein verkehrliches Risiko für die Radfahrer so wie die SPD. Die Stützmauer werde die B 236 verbreitern, zwischen Radweg und Fahrbahn komme auf jeden Fall ein Schutzstreifen. Grundsätzlich könne man natürlich über eine Brücke nachdenken, doch ganz sicher werde das die Realisierung der Lenneroute weiter verzögern.

Volker Oßenberg von der WBG setzte einen klaren Punkt: Seine Fraktion werde dem SPD-Antrag auf keinen Fall zustimmen. Oßenberg: „Wir sollten endlich planen und bauen.“ So drückte sich auch CDU-Sprecher Christoph Plafmann aus: „Wir wollen die schnellste Lösung.“

CDU-Ratscherr Buchta versuchte, auf die SPD zuzugehen und bat die Verwaltung, die Bereitschaft von Straßen.NRW zum Brückenbau abzufragen und ob sich die Kosten für Stützmauer oder Brücke die Waage hielten. Bis zur nächsten Sitzung des Ustea könne das doch geklärt werden, bis dahin verliere man keine Zeit. So entschied der Ausschuss mehrheitlich mit Stimmen von SPD, CDU und FDP.

Neu auf die Tagesordnung des Ausschusses hatte Vorsitzender Henke einen Vortrag von Peter Kölsche gesetzt. Als Werdohler habe er sich seine

Gedanken über die Radwegführung gemacht. „Ergebnisreich und nah an der Natur“ nannte er seine Bilder und Skizzen, die eine Radwegtrasse für das Teilstück zwischen Rathaus und Dresel markierten.

## Mitten durch ein FFH-Gebiet

Auf blumige Art sprach Kölsche vom zu überwindenden „Berg der Instanzen“ und brachte „höhere Einsicht“ ins Spiel. Seine nicht neue Variante führte mitten durch ein FFH-Schutzgebiet – den Behörden solle stattdessen ein Tausch einer naturnahen Fläche am Kettling angeboten werden.

Das ging sogar der SPD zu weit. Jürgen Henke warf ein, dass über die Nutzung von FFH-Gebieten das Ministerium entscheide, diese Hürde sei sehr hoch. Manfred Buchta erinnerte daran, dass Straßen.NRW genau diese Route vor Jahren verworfen hatte. Außerdem werde in dem Vorschlag von Kölsche die Siedlung Elverlingsen nicht sinnvoll an die Lenneroute angebunden. CDU-Ratscherr Dirk Middendorf sagte, die Trassenführung von Kölsche sei die „absolute Lieblingsvariante“ gewesen – allerdings sei sie von Straßen.NRW „klipp und klar“ abgelehnt worden.

Jürgen Henke bat die Verwaltung dennoch darum, den Kölsche-Vorschlag erneut mit Straßen.NRW zu bereden. Schließlich seien seit dem letzten Gespräch über diese Variante Jahre vergangen, vielleicht gebe es ja doch Möglichkeiten.

10.10.2018

**Süderländer Volksfreund**

Der Pressespiegel erscheint werktäglich  
Wiedergegebene Auszüge sind die Meinung des  
jeweiligen Autors oder Publikationsorgans.  
Eine Wertung durch den Märkischen Kreis  
ist damit nicht verbunden.

Für den Pressespiegel werden  
regelmäßig ausgewertet:

### Zeitungen:

Allgemeiner Anzeiger  
Altenaer Kreisblatt  
Iserlohner Kreisanzeiger  
Lüdenscheider Nachrichten  
Meinerzhagener Zeitung  
Süderländer Tagesblatt  
Süderländer Volksfreund

Westfalenpost Hagen  
Westfalenpost Menden